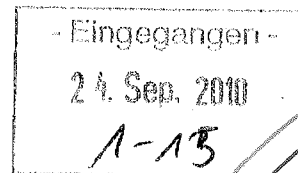


An den Bürgermeister
Lutz Urbach
Konrad-Adenauer Platz 1
51465 Bergisch Gladbach



Bergisch Gladbach, 20. September 2010

Antrag:

Maßnahmen zur Versorgung des starken Abschlussjahrgangs 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Urbach,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion DIE LINKE./BfBB bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 05.10.2010 zu setzen:

Im Jahr 2013 werden durch die Verkürzung des Gymnasiums auf 12 Jahre zwei Abiturjahrgänge die Schule abschließen. In diesem Jahr brauchen doppelt so viele Abiturienten Plätze an den Universitäten, den Berufskollegs oder in Ausbildungsbetrieben. Bildungseinrichtungen müssen dafür Vorbereitungen treffen und entsprechende Finanzmittel zur Verfügung haben. Ansonsten besteht die Gefahr, dass durch den hohen Andrang der Abiturienten ein Ausbildungsplatzmangel entsteht und dadurch ein Verdrängungswettbewerb einsetzt, bei dem die Absolventen mit geringer qualifiziertem Schulabschluss das Nachsehen haben. Daher braucht die Stadt Bergisch Gladbach frühzeitig Konzepte der verschiedenen Akteure, wie mit diesem verstärkten Andrang umgegangen werden kann.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert die neue Landesregierung auf, die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen, damit die Berufskollegs, Universitäten des Landes, die Fachhochschulen mehr Plätze ohne Qualitätsverlust der Ausbildung bereitstellen können.
2. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach appelliert an die Kammern auf, darauf hinzuwirken, dass die Betriebe im Bergisch Gladbacher Raum genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und die Betriebe in dieser Aufgabe unterstützen.

3. Der Bürgermeister wird angewiesen, sich für die frühzeitige Entwicklung von Lösungsansätzen zu engagieren. Mögliche negative Folgen auf den Ausbildungsmarkt durch die ungewöhnlich hohe Zahl von Abiturienten soll so gut wie möglich abgemildert werden.

4. Die Stadt, ihre Eigenbetriebe sowie die städtischen Beteiligungsgesellschaften sollen die besondere Situation des Jahres 2013 in ihren Ausbildungsplanungen berücksichtigen.

5. Es ist ein Ausbildungsbericht zu erstellen und dem Rat bzw. den Ausschüssen zur Kenntnis gegeben. Der Ausbildungsbericht soll die Situation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen darstellen, die sich um eine berufliche Erstausbildung bemühen.

Der Ausbildungsbericht soll Teilnehmer folgender Maßnahmen umfassen

- Ausbildungsberufe im dualen System,
- staatlich anerkannte Berufsausbildungen an Fachschulen,
- Studium an Fach- und Hochschulen,
- Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen - Umschulung (für Ungelernte),
- Berufsfachschulen
- Berufgrundschuljahr
- Berufsvorbereitungsjahr
- Ausbildungsberufe die kürzer als zwei Jahre sind
- sonstige berufliche Ausbildungsmaßnahmen.

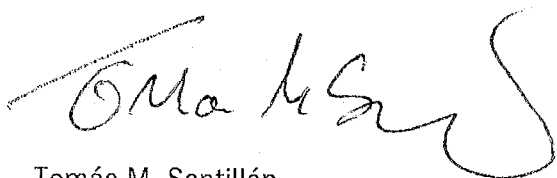
Begründung:

Konzepte, die sowohl eine Verknappung der Lehrstellen verhindern, als auch die Qualität universitärer und schulischer Ausbildung bei gestiegenem Platzbedarf sichern, müssen frühzeitig von allen Akteuren entwickelt werden, um erfolgreich zu sein. Dabei darf sich weder das Land seinen finanziellen Verpflichtungen entziehen, noch die Bildungs- und Arbeitsmarktakteure ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Die Politik muss zeitnah informiert werden, um gegebenenfalls Steuerungsmöglichkeiten der Stadt, etwa über die Ausbildung in der Verwaltung, den Eigenbetrieben und den Beteiligungsgesellschaften zu ergreifen.

Einerseits müssen für die Ausbildungssuchenden unter den Abiturienten mehr Lehrstellen bereitgestellt werden, um alle zu versorgen.

Die Erstellung eines Ausbildungsberichtes bietet den Ratsmitgliedern wertvolle Informationen über Steuerungsmöglichkeiten und soll deshalb den zuständigen Fachpolitikern zur Kenntnis gelangen.

Mit freundlichen Grüßen



Tomás M. Santillán

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE./BfBB